

26.01.2016

Niederschrift über die Senatsitzung

(1.2)

Herr Senator Kerstan trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2016/160, betreffend

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom
9. Juli 2015 "Gentechnikfreiheit auch in Hamburg per Bundesgesetz
rechtlich sichern - Kein Flickenteppich in Deutschland beim
Gentechnik-Optout" (Drs. 21/899),

vor.

Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



Dr. Jutta Bechmann



750, 04-06

702, 29-01-2016

Eing.: 15. JAN. 2016

Berichterstattung:
Senator Kerstan
Staatsrat Pollmann

TOP I 2
B

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2016/00160
vom: 14.01.2016

**Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9. Juli 2015
"Gentechnikfreiheit auch in Hamburg per Bundesgesetz rechtlich sichern - Kein
Flickenteppich in Deutschland beim Gentechnik-Opt-out" (Drs. 21/899)**

A. Zielsetzung

Die Bürgerschaft hat den Senat um Unterstützung einer bundeseinheitlichen Regelung im Rahmen der Novelle des Gentechnikgesetzes (GenTG) zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/412 gebeten, mit der den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt wird, den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (Opt-out). Mit der Novellierung des GenTG wird diese Regelung in deutsches Recht umgesetzt.

Bereits zuvor hat der Hamburger Senat mit dem Agrarpolitischen Konzept 2020 und dem Beitritt zur Charta von Florenz ein klares politisches Signal zur Gentechnikfreiheit in Landwirtschaft und Gartenbau gegeben. Mit dieser Drucksache wird das Bürger-schaftliche Ersuchen beantwortet.

B. Lösung

Beantwortung des Bürger-schaftlichen Ersuchens durch die beigefügte Mitteilung an die Bürgerschaft. Durchsetzung der von den Ländern mehrheitlich geforderten Bundeszu-ständigkeit durch Erlass einer entsprechenden Gesetzesnovelle durch den Bundesge-setzgeber.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Inklusion
- Bürokratieabbau
- Gleichstellung

G. Alternativen

Keine.

H. Anlagen

Mitteilung an die Bürgerschaft